

Kleine Anfrage

Suchtpolitische Grundsätze

Frage von Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz

Antwort von Regierungsrat Mauro Pedrazzini

Frage vom 03. Juni 2020

Die Kommission für Suchtfragen (KoSu) hat am 23. März 2020 die Suchtpolitischen Grundsätze der Regierung des Fürstentums Liechtenstein präsentiert. Allen, die an diesem Papier mitwirkten, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. In diesen Grundsätzen wird festgestellt, dass wir mit einem starken Anstieg stimulierender Freizeitdrogen und sich schnell ändernden neuen psychoaktiven Substanzen konfrontiert sind. Es werden auch der exzessive Gebrauch digitaler Medien, ein suchthaftes Essverhalten und stark steigender Cannabiskonsum als Problemfelder ausgemacht.

1. Auf Seite 10 des Berichts finden sich die Kosten und Fallzahlen für stationäre Aufenthalte in Psychiatrien und Spitälern aufgrund psychischer Störungen und Verhaltensstörungen im Zusammenhang mit Substanzkonsum. In den letzten fünf Jahren sei es, so der Bericht, zu einem Anstieg von stationären Behandlungen von in Liechtenstein versicherten Personen in Psychiatrien und Akutspitälern infolge des Konsums von Cannabinoiden, multiplen Substanzgebrauchs und Substanzgebrauchs ohne Alkohol gekommen. Wie fiel der Anstieg in konkreten Zahlen aus und wie entwickelten sich entsprechende Kosten in den letzten fünf Jahren? Korrelieren die Zahlen mit der Entwicklung bei der Auszahlung wirtschaftlicher Sozialhilfe?
2. Auf Seite 18 wird die Problementwicklung im Zusammenhang mit Alkohol bei Jugendlichen als sinkend bezeichnet. Hierbei wird auf eine Studie aus dem Jahr 2016 verwiesen. Wäre es möglich, dass in den vergangenen Jahren auch bei Jugendlichen in Suchtfragen ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben? Wären hier aktuelle Zahlen nicht realitätsnaher?
3. In Kapitel 1.3 wird über den Sinn und Unsinn der Lockerung von Cannabisregulierung und -legalisierung in der ganzen Welt berichtet. Gerade der steigende Cannabiskonsum wird mehrmals als Problem in Liechtenstein ausgemacht. Konkrete Massnahmen sind aber allgemein gehalten und wollen nicht ganz zur Einleitung passen, wo intensiv über die Regulierung und Legalisierung philosophiert wird. Warum sind gegen den steigenden Cannabiskonsum keine konkreten Massnahmen vorgesehen? Könnte hier eine Lockerung des Verbotes vielleicht bessere Möglichkeiten zur Prävention bringen als ein Festhalten am Verbot?

4. Gemäss Punkt 6 ist die Regierung explizit nicht zuständig für normative und strategische Zielsetzungen in der Drogenpolitik, die alles an die KoSu delegiert, die aber wiederum nur Empfehlungen erarbeiten kann. Es fehlen deshalb wohl in dem Papier auch konkrete Zielsetzungen, Massnahmenplanungen und messbare Kenngrössen für eine Zielerreichung. Wäre es in diesen Fragen nicht angezeigt, dass die Regierung mehr Verantwortung übernimmt? Falls nein, warum nicht?
5. Am 25. April wurde die 60-Prozent-Stelle der Suchtbeauftragten beim Amt für Soziale Dienste infolge Austritts ausgeschrieben. Wurden hier die Kündigungsgründe erhoben und konnte bereits eine Nachfolge sichergestellt werden?

Antwort vom 05. Juni 2020

Zu Frage 1:

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl an stationären Behandlungen von in Liechtenstein versicherten Personen in Psychiatrien und Akutspitälern infolge von Suchtmittelmissbrauch (ohne Alkohol) wie folgt entwickelt: Im Jahr 2014 wurden 24 Fälle, im Jahr 2015 19 Fälle, im Jahr 2016 45 Fälle, im Jahr 2017 29 Fälle und im Jahr 2018 ebenfalls 29 Fälle verzeichnet. Die entsprechenden Kosten beliefen sich im Jahr 2014 auf rund CHF 260'000, im Jahr 2015 auf CHF 160'000, im Jahr 2016 auf CHF 660'000, im Jahr 2017 auf CHF 496'000 und im Jahr 2018 auf CHF 333'000. Aufgrund der vorliegenden Daten zeigt sich, dass sich in den letzten fünf Jahren mehr Personen für einen längeren Zeitraum in stationären Behandlungssettings behandeln liessen, woraus die höheren Kosten entstanden sind. Die Fallzahl von Personen mit einer Suchtmittelabhängigkeit, die in der wirtschaftlichen Sozialhilfe unterstützt wurden, belief sich in den vergangenen Jahren auf 2-3 Prozent der Fälle.

Zu Frage 2:

Die aktuellsten zur Verfügung stehenden Daten über den Substanzmittelgebrauch von Jugendlichen in Liechtenstein wurden im Jahr 2015 erhoben. Im Vergleich zu den zwei vorhergegangenen Erhebungsjahren 2005 und 2011 zeigte sich, dass der Anteil an Jugendlichen, die im Zeitraum des letzten Monats keinen Alkohol getrunken haben, gestiegen ist. Von ursprünglich 23 Prozent (2005) stieg der Anteil an Jugendlichen, die keinen Alkohol in diesem Zeitraum getrunken haben, auf 40 Prozent (2015). Zahlen aus dem nahen Ausland können einen guten Eindruck vermitteln, wie es um Suchtfragen bei Jugendlichen in Liechtenstein steht. Die neuesten zur Verfügung stehenden Zahlen aus der Schweiz zeigen auf, dass die Prävalenzzahlen des Konsums von Alkohol, Tabak und Cannabis bei Jugendlichen zwischen 2014 und 2018 relativ konstant geblieben sind.

Zu Frage 3:

Bereits heute existiert in Liechtenstein ein Netz von ineinander greifenden Massnahmen zur Prävention und Behandlung von Cannabis-Abhängigkeiten. Oberstes Ziel ist es, Jugendliche und junge Erwachsene für die Risiken des Cannabiskonsums zu sensibilisieren und sie in einem Leben frei von jeglicher Cannabis-Abhängigkeit zu bestärken. Liechtenstein beobachtet die Entwicklungen in anderen Ländern bezüglich der Regulierung/Legalisierung des Cannabis-Marktes laufend. Eine allfällige Lockerung des Verbotes hierzulande könnte bessere Möglichkeiten zur Prävention mit sich bringen. Allerdings können sich auch negative Veränderungen ergeben, welche rasch und teilweise erst nach einigen Jahren auftreten können. Eine Liberalisierung alleine ist nicht ausreichend, sie muss auch mit einer Regularisierung einhergehen. Die Droge Cannabis hat sich in ihrer Qualität im Lauf der Jahre verändert. Heute werden sehr oft Sorten mit einem extrem hohen Wirkstoffgehalt konsumiert und es besteht der Verdacht, dass diese besonders schädlich sind, insbesondere bezüglich der psychischen Gesundheit. Zudem ist darauf zu achten, dass gegenüber unseren Nachbarstaaten kein grösseres Regelungsgefälle auftritt, um einen Konsumtourismus zu vermeiden.

Zu Frage 4:

Bei den Suchtpolitischen Grundsätzen handelt es sich um ein Grundsatzpapier. Dieses definiert die allgemeine Ausrichtung der Suchtpolitik Liechtensteins für die nächsten Jahre. Diese Grundsätze bilden die Basis für konkrete Strategiepapiere. Die Kommission für Suchtfragen agiert nicht nur im Auftrag der Regierung sondern steht auch kontinuierlich im engen Austausch mit ihr. So war die Regierung beispielsweise an der Erarbeitung der neuen Suchtpolitischen Grundsätze aktiv beteiligt. Gegenüber der Vorgängerversion wurde bei diesem Grundsatzpapier darauf geachtet, dass nicht nur die Drogensucht im engeren Sinn, sondern auch anderes schädliches Suchtverhalten besser herausgearbeitet wird. Beispielsweise weisen viele Essstörungen den Charakter einer Sucht auf und gerade die steigende Anzahl von zumeist auch jüngeren Personen mit starkem Übergewicht zeigt, dass diese Art der Sucht für die Volksgesundheit mindestens so bedeutend ist wie der Konsum von illegalen Substanzen.

Zu Frage 5:

Die Gründe für den Austritt der derzeitigen Suchtbeauftragten wurden eruiert. Der Rekrutierungsprozess für eine Nachfolge ist zurzeit im Gange.